

Haushaltsrede SPD-Fraktion 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nicodemus,
sehr geehrte Frau Stölting,

der vorliegende Haushalt ist, wie wir es seit Jahren gewohnt sind, handwerklich sehr gut und auf den ersten Blick auch inhaltlich zufriedenstellend: die Grundsteuer B bleibt konstant, der Haushalt ist ausgeglichen, und Investitionen in unsere Infrastruktur sind auf den Weg gebracht.

Bei genauerem Hinsehen allerdings sind unsere Finanzen so desolat wie eh und je, sogar noch mit einigen Verschärfungen, die uns vor allem in den kommenden Jahren auf die Füße fallen werden. So ist unser Hebesatz der Grundsteuer B mit 850 Punkten weiterhin extrem hoch und bleibt eine hohe, unsozial verteilte, weil vollkommen einkommensunabhängige Last für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Zumindest ist es hier bisher nicht zu weiteren Erhöhungen gekommen, aber die Planung der kommenden Jahre sieht nicht danach aus, als sei der Plan, den Grundsteuer-Hebesatz allmählich wieder zu senken, auf absehbare Zeit realisierbar. Die hohen Zukunftsrisiken lassen eher befürchten, dass der immerhin seit 2015 konstante Hebesatz langfristig nicht das Limit ist.

Das ist aber leider noch nicht unser größtes Problem. Das strukturelle Defizit der Stadt steigt tendenziell an, weil vor allem im Bereich der ambulanten und stationären Jugendhilfe die Kosten weiter wie seit Jahren gewohnt explodieren, ohne dass wir dafür finanzielle Unterstützung von Land oder Bund bekämen. Die Kommunen tragen also weiterhin und zunehmend gesellschaftliche Lasten, die sie weder verursacht haben noch beeinflussen oder alleine finanzieren können. Hier greift statt Konnexität das Prinzip: den Letzten beißen die Hunde, und das sind die Städte und Gemeinden.

Zwei weitere Probleme verschärfen sich zusehends und bedingen sich gegenseitig: Der Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur und die Verschuldung der Stadt. Da das Land NRW seine Kommunen bei der Beseitigung des Investitionsstaus komplett alleine lässt, und an Stelle allgemeiner Investitionsmittel in ausreichender Höhe lieber weit mehr als hundert Förderprogramme auflegt, die allesamt weder für die Sanierung und den Ersatz von Schulen, KiTas, Feuerwachen, Straßen und Verwaltungsgebäuden verwendet werden können, bekommen wir zwar Mittel vom Land, aber nicht für die dringendsten Maßnahmen, die z. B. unser Schulen davor bewahren würden, irgendwann wegen Baufälligkeit geschlossen zu werden.

Das Einzige, was Kommunen, die das noch dürfen, dagegen tun können, ist die Schleusen für eine nahezu unbegrenzte Kreditaufnahme zu öffnen, um die katastrophalen Zustände, die in unseren Schulen am deutlichsten zu Tage treten, irgendwie in den Griff zu bekommen. Das ist natürlich keine Lösung, sondern eine Problemverschiebung. Weil unsere Generation nicht bereit und politisch nicht in der Lage ist, die Kosten für die heute notwendigen Investitionen zu tragen, geben wir diese Last an unsere Kinder und Enkel weiter und nehmen weiter Kredite auf, die auf die schon extrem hohen Altschulden obendrauf kommen. Wie dieser Berg jemals wieder abgebaut werden kann, dazu gibt es weder ernsthafte Ansätze noch wird darüber überhaupt diskutiert. Nachhaltig ist das keinesfalls, und unsere örtliche Nachhaltigkeitssatzung stößt hier an ihre Grenzen, weil deren Intention im Land NRW und im Bund bisher kein Entscheidungskriterium ist.

Konkret erhöhen wir unsere Investitionskredite, die wir (ohne Berücksichtigung der Ausleihungen an die SEGO) von 2015 bis 2020 um fast zwei Drittel gesenkt haben, nämlich von 23,3 auf 8,2 Mio. EUR, auf 63,3 Mio. EUR im Jahr 2028, also fast auf das Achtfache. Danach geht es natürlich weiter, denn ab 2029 sieht die Situation nicht anders aus als vorher. Mit den Ausleihungen an die SEGO, die natürlich ebenfalls aus Projekten für städtische Infrastruktur resultieren, erreichen wir 2028 sogar schon 109 Mio. EUR. Die Ausleihungen sind aber quasi „Schulden“ der SEGO an die Stadt, die jährlich abgetragen werden, und die Stadt zahlt für die Nutzung der KiTas und Feuerwachen, die damit z. B. finanziert wurden, im Kernhaushalt Miete, also kann man sie bilanziell nicht der Stadt zuschreiben. Betrachtet man die Stadt mit ihren Tochtergesellschaften allerdings gesamtheitlich als Konzern, ist dieser nochmal deutlich höher verschuldet als die Stadt alleine.

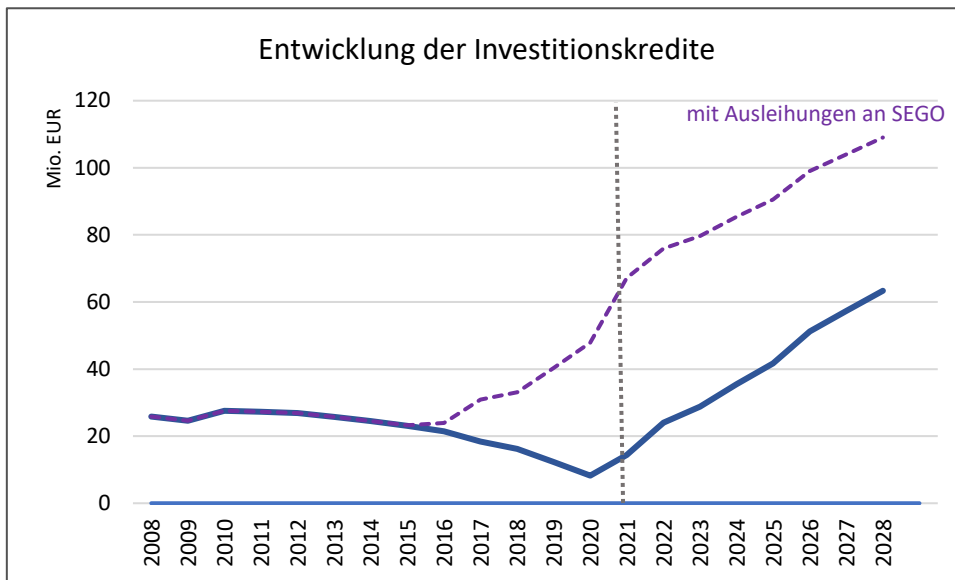


Abbildung 1

Wenn wir bei den Schulden bleiben und statt der Investitionskredite die Liquiditäts- oder Kassenkredite betrachten, sieht die Lage auf den ersten Blick stabil aus: 2015 wurde der massive Anstieg von 10,8 Mio. EUR auf 41,2 Mio. EUR von 2008 bis 2014 gebremst, von 2016 bis 2019 leicht gesenkt, und seitdem bleiben unsere Kassenkredite konstant, was auch bis 2028 so vorgesehen ist. Das ist alleine unserer Nachhaltigkeitsatzung geschuldet, die uns vor dem Überschreiten der „roten Linie“, also der Überschuldung, die sonst schon 2016 eingetreten wäre, bewahrt hat – zum Preis eines sehr hohen Grundsteuer B-Hebesatzes.

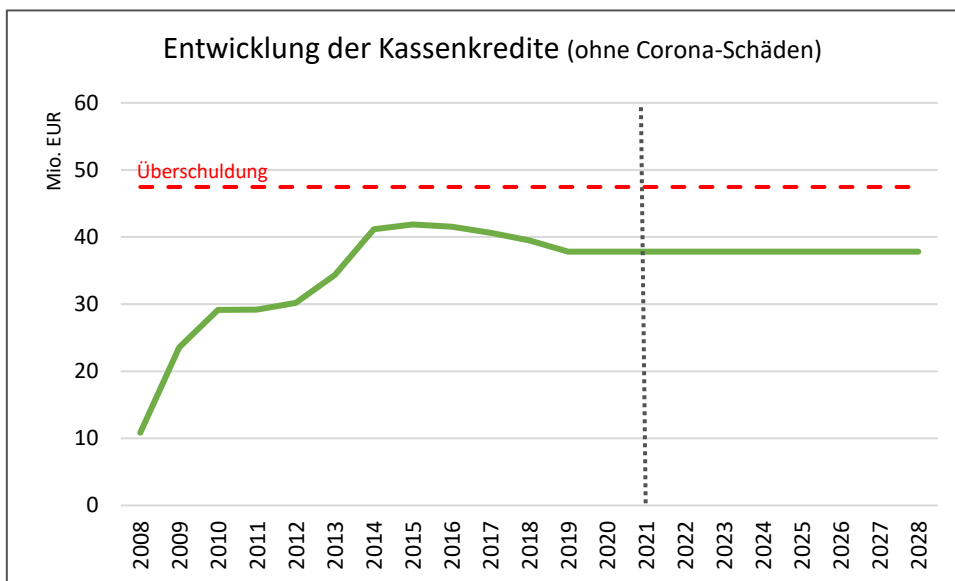


Abbildung 2

Diese positiv aussehende Entwicklung ist aber nur die halbe Wahrheit, und der Grund ist die Art und Weise, wie das Land NRW damit umgeht, dass die Corona-Pandemie Overath und viele andere Städte und Gemeinden spätestens in diesem Jahr in die Überschuldung katapultiert hätte, weil Steuereinnahmen eingebrochen und hohe Ausgaben notwendig geworden sind. In der freien Wirtschaft würde man das schlicht als Bilanzfälschung bezeichnen, in NRW nennt man es „Corona-Isolierung“: Alle durch Corona verursachten finanziellen Schäden werden in eine „Corona-Nebenrechnung“ aufgenommen, die in der städtischen Bilanz nicht zählt, und verschwinden dadurch wie durch Zauberhand.

Das Problem ist natürlich, dass sie keineswegs verschwinden, sondern dass wir dafür zusätzliche Kassenkredite aufnehmen müssen, in Summe von 2020 bis 2024 ca. 19 Mio. EUR laut vorliegender Planung. Das würde normalerweise dazu führen, dass wir schon in diesem Jahr überschuldet wären und ab sofort in

einem noch strikteren Nothaushalt wären als früher, mit Sparkommissar, automatisch steigender Grundsteuer B, Kreditsperre und allem Drum und Dran.

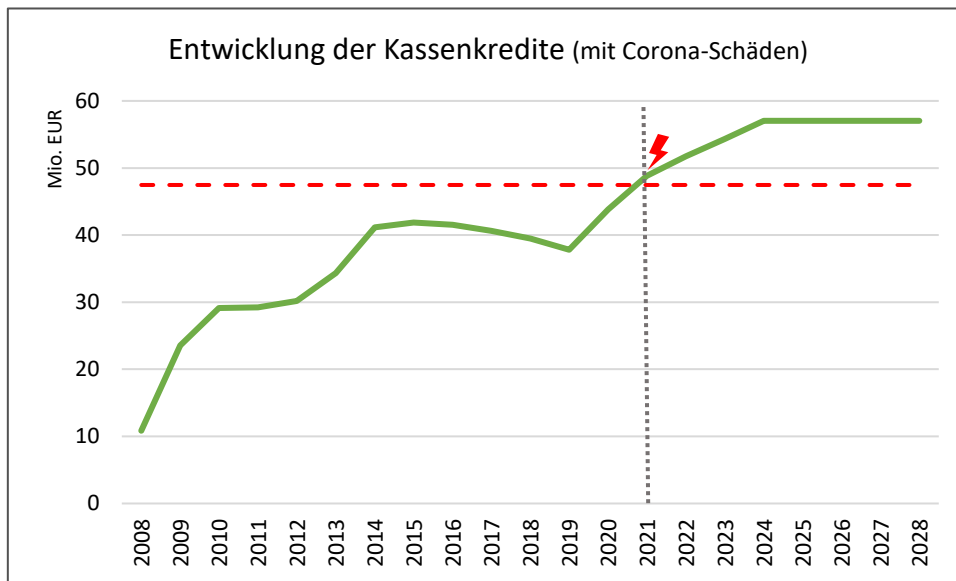


Abbildung 3

Da es kein Dauerzustand sein kann, den Corona-Schaden einfach bilanziell wegzudefinieren, wird er uns ab 2025 jährlich auf 50 Jahre verteilt in Raten auf das Eigenkapital angerechnet. Der Bilanztrick ist also, dass die Überschuldungsgrenze künstlich angehoben wird, und dann wieder sinkt. Eine Lösung ist das natürlich nicht. Wir können jetzt schon ausrechnen, dass die Stadt Overath bei einem Corona-Schaden von 19 Mio. EUR im Jahr 2049 überschuldet sein wird.

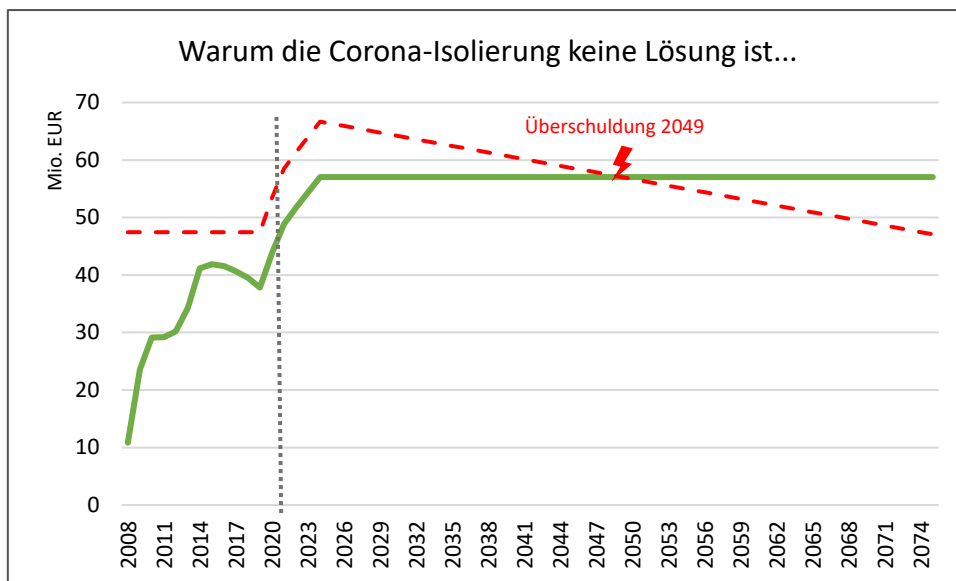


Abbildung 4

Die Corona-Isolierung verschiebt demnach auch nur finanzielle Lasten in die Zukunft. Was man machen will, wenn es in den nächsten 27 Jahren andere große Krisen gibt, ist völlig offen – wiederholt man diesen Trick dann einfach immer wieder, und lässt nachfolgende Generationen mit dem Scherbenhaufen alleine, der daraus resultiert? Mit nachhaltiger Politik hat das jedenfalls nichts zu tun, eher mit einem Verbrechen an der Zukunft.

Summiert man Investitions- und Kassenkredite inklusive der Corona-Schäden auf, erreichen wir 2028 einen Stand von 120 Mio. EUR ohne Ausleihungen an die SEGO, mit diesen liegen wir bereits bei 166 Mio. EUR – Ende offen. Dass das auf Dauer nicht gut gehen kann, liegt wohl auf der Hand.

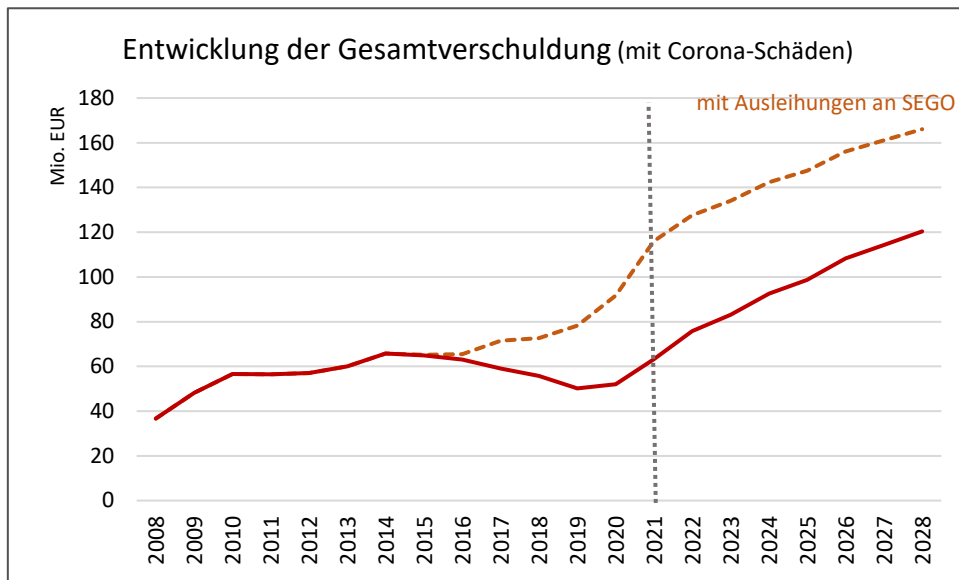


Abbildung 5

Natürlich kann man diese Zahlen auch politisch betrachten: In der Amtszeit von Bürgermeister Heider von 2004 bis 2014 stieg die Gesamtverschuldung unserer Stadt von 25 auf 65,7 Mio. EUR, also um 163%. In der Amtszeit von Bürgermeister Jörg Weigt bis 2020, die mit der Einführung der Nachhaltigkeitssatzung begann, um die Überschuldung abzuwenden, sank sie um 20% auf 52,1 Mio. EUR. In der laufenden Amtszeit unseres heutigen Bürgermeisters Nicodemus wird sie laut Plan um 90% auf 108,3 Mio. EUR steigen, bis 2028 sogar um 131% auf 120,4 Mio. EUR.

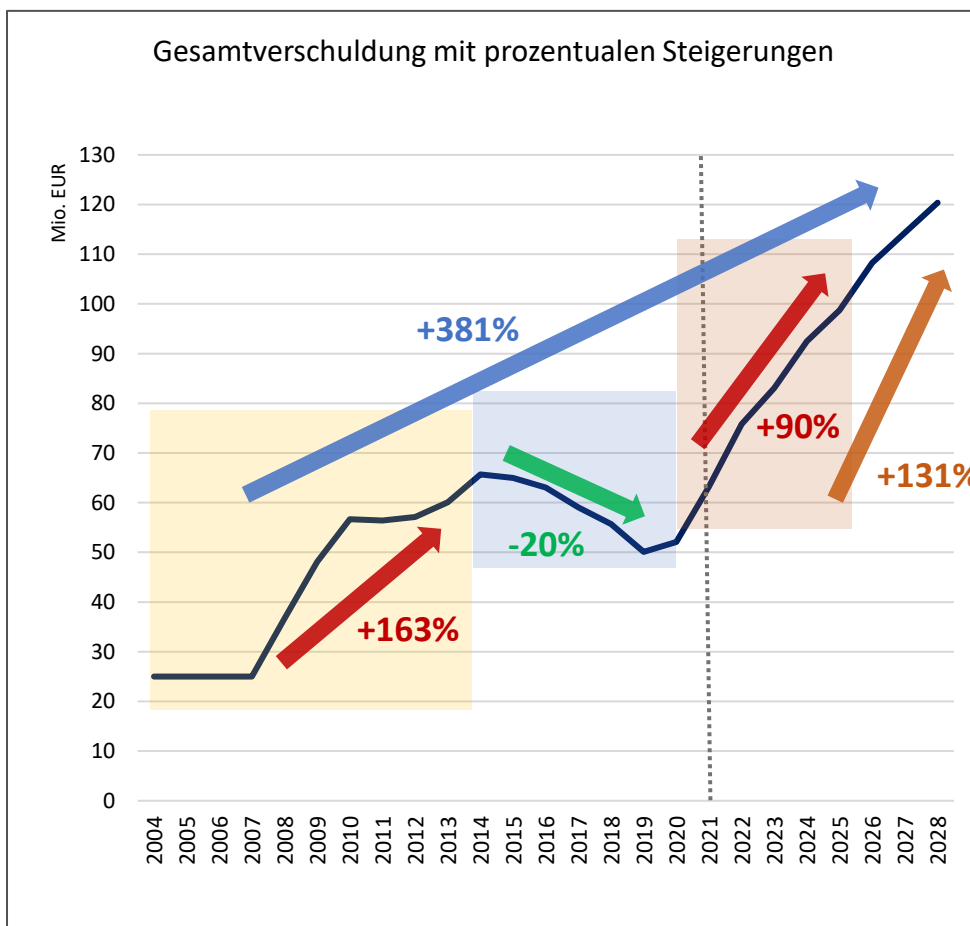


Abbildung 6

Es wäre nun unfair zu behaupten, dass das alleine an unserem derzeitigen Bürgermeister liegt, und auch die Jamaika-Kooperation kann wenig für die äußeren Rahmenbedingungen im Land NRW. „Nichts“ wäre aber

auch zu viel gesagt, denn immerhin regieren CDU und FDP noch bis Mai in Düsseldorf, wo der Schlüssel zur Lösung unserer Finanzprobleme liegt.

Es ist offensichtlich, dass wir in Overath aus reiner Hilflosigkeit wieder in die alten Verhaltensweisen zurückfallen, die wir 2015 mit der Nachhaltigkeitssatzung durchbrechen wollten. Insofern hat sie uns zwar vor der Überschuldung gerettet, ist aber in Bezug auf den Aspekt der Generationengerechtigkeit an der Realität gescheitert.

Neben der Tatsache, dass die nicht auskömmliche Finanzierung der Kommunen in NRW nicht nur Overath, sondern fast alle Städte und Gemeinden mittelfristig in die Überschuldung treibt, und dass die Corona-Isolierung anstatt einer Übernahme der Schäden das noch verschärft, greift das Land aktuell auf einen weiteren Trick zurück, um Lasten in die Zukunft zu verschieben: die derzeit steigenden Schlüsselzuweisungen, die Ministerin Scharrenbach als eine große Leistung des Landes verkauft, sind in Wahrheit über die „Ausgleichsmasse“ kreditiert, was bedeutet: das, was die Kommunen derzeit mehr bekommen, wird ihnen in den Folgejahren von ihrem Budget abgezogen. Die Kommunen geben sich also selber einen Kredit zur Anhebung der Schlüsselzuweisungen, und das Land muss keinen Euro dazutun, um vor der Landtagswahl als Wohltäter dazustehen. So macht man Politik auf Kosten Anderer und zerstört die Städte und Gemeinden, um sich nicht stärker mit den eigenen Finanzen beschäftigen zu müssen.

Auch in Sachen Konnexität ist das Land weithin untätig – die Finanzierung baulicher Maßnahmen für den Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze ist nach wie vor nicht ansatzweise gewährleistet, sodass wir uns wohl auf weitere ungeplante Investitionskosten in Millionenhöhe alleine bis 2026 einstellen müssen. Hier wird der Schwarze Peter noch zwischen Bund und Land hin- und hergeschoben – wir können nur hoffen, dass das mit der neuen Bundesregierung oder nach der Landtagswahl im Mai endlich aufhört, denn wir haben das Geld dafür schlicht und einfach nicht!

Bereits im letzten Jahr von mir erwähnt, aber dennoch eine wiederholungswürdige Tatsache: Die Übernahme der kommunalen Altschulden durch den Bund wurde von Finanzminister Scholz angeboten, aber von den Ministerpräsidenten Laschet und Söder gestoppt – nicht weil diese mal einer Meinung gewesen wären, sondern weil Söder den Kommunen in NRW das Geld nicht gönnen wollte, und weil Laschets Landesregierung nicht auf die berechtigte Forderung des Bundes eingehen wollte, dass NRW im Gegenzug die finanzielle Ausstattung seiner Kommunen deutlich erhöhen müsse, um weitere massive Verschuldungen nach einem Schuldenschnitt zu verhindern. Vielen Dank, Union und FDP – es wird Zeit, dass ihr in NRW keinen Schaden mehr anrichten könnt.

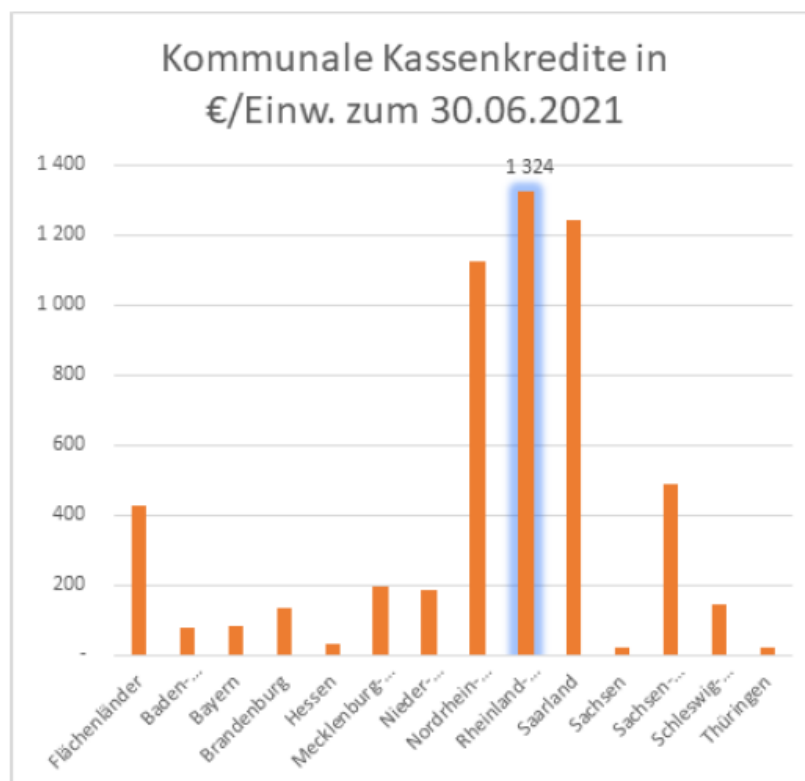


Abbildung 7

Es gibt allerdings einen kleinen Hoffnungsschimmer, dass die Kommunen nicht vollends finanziell unter die Räder kommen und gezwungen werden, ihrerseits nachfolgende Generationen über Gebühr zu belasten. In Rheinland-Pfalz klagen aktuell einige Städte gegen das Land, dass es sie endlich finanziell ausreichend ausstatten müsse. Das Landesverwaltungsgericht hat darüber im Sinne der Städte entschieden, was das Land mit dem Hinweis auf seine finanzielle Leistungsfähigkeit ignoriert. Jetzt liegt die Klage, ob das Land sich einfach so aus seiner gesetzlichen Verantwortung stehlen kann, beim Bundesverfassungsgericht, und man darf gespannt sein, wie dort entschieden wird, denn die juristische Argumentation passt neben Rheinland-Pfalz auch auf das Saarland und Nordrhein-Westfalen, die sich bei gleicher Rechtslage ebenso verhalten. Es ist durchaus denkbar, dass die nächste NRW-Landesregierung die Kommunalfinzen komplett neu denken und massiv erhöhen muss.

Liest man übrigens die Begründung des Bundesverfassungsgerichts zum jüngsten Klimaschutzurteil, erkennt man in der Argumentation sofort, dass diese analog auf das Thema Staatsfinzen anwendbar wäre: auch hier werden Freiheitsrechte zukünftiger Generationen massiv eingeschränkt, um aktuelle Generation zu schonen. Bleibt das BVG der Linie treu, dass das verfassungswidrig ist, muss der Staat insgesamt sein Finanzierungssystem auf den Kopf stellen und dafür sorgen, dass Ausgaben und Einnahmen zumindest langfristig in der Waage sind.

Ohne eine solche Unterstützung „von oben“ wird es für die Städte und Gemeinden schwierig. Durch die aktuelle Inflation, die möglicherweise nicht alleine auf die steigenden Energiepreise und Nachholeffekte der Pandemie zurückzuführen ist, wird es wahrscheinlich zwingend notwendig sein, die Zinsen allmählich anzuheben. Volkswirtschaftlich wäre das ohnehin sinnvoll, denn die Nullzinspolitik geht im Wesentlichen zu Lasten der kleinen Sparer, deren ohnehin meist spärliche Altersvorsorge dadurch weiter dezimiert wird. Es würde aber auch bedeuten, dass die horrenden Kredite, die wir jetzt planen aufzunehmen, um handlungsfähig zu bleiben, nicht mehr nur ca. 1 Mio. EUR pro Jahr an Zinszahlungen nach sich zögen, sondern evtl. ein Vielfaches davon – und dann wären unsere schmerzhaft ausgeglichenen Haushalte ohne weitere Steuererhöhungen passé. Kurzfristig können wir nur hoffen, dass sich die Inflation wieder normalisiert und der Zins niedrig bleibt – langfristig ist aber auch das keine Lösung, sondern wieder nur eine Verschiebung von Problemen auf die Zukunft.

Leider vermissen wir seit 2015 ein Engagement der anderen Ratsfraktionen in Richtung Land, um für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu kämpfen. Während wir weiterhin versuchen, die Situation zu verbessern – übrigens auch schon zu Zeiten einer Rot-Grünen Landesregierung – gibt es dafür keine erkennbare Unterstützung von CDU, FDP oder Grünen, dabei war das ein zentraler Bestandteil bei Einführung der Nachhaltigkeitssatzung. Haushaltsausgleich, Sparsamkeit und bessere Finanzausstattung, das waren die drei zentralen Bestandteile unseres Konzepts. Geblieben ist davon im Wesentlichen nur noch der Haushaltsausgleich über die Grundsteuer B.

Wir können nur dazu aufrufen, die Wahlentscheidung bei der kommenden Landtagswahl davon abhängig zu machen, welche Kandidaten sich für die Stärkung der Kommunen und ihrer Finanzen einsetzen, und welche sich auf andere Themen fokussieren und unsere Lage vor Ort komplett vergessen, sobald sie im Landtag in Düsseldorf sitzen.

Aber nicht alle Probleme der Stadt kommen von außen – wir beobachten zunehmend, dass hausgemachte Fehler der Vergangenheit, die wir für überwunden gehalten haben, mit der Jamaika-Kooperation und ihrem Bürgermeister ein Comeback feiern.

Vor der Amtszeit von Bürgermeister Weigt war das vor allem die fehlende Prioritätensetzung und Beschränkung auf Investitionen, die zwingend notwendig waren. Wir haben schmerzhaft gelernt, dass uns „nice-to-have“-Projekte“, die man zwar gut finden kann aber nicht unbedingt benötigt, viel Geld kosten, das dann an anderer Stelle fehlt. Es gab zwischenzeitlich parteiübergreifend die Einsicht, dass auch Eigenanteile zu teuer sind, wenn man diese über Schulden finanzieren muss, und dass die Möglichkeit, für bestimmte Maßnahmen Fördermittel zu bekommen, noch nicht bedeutet, dass man diese auch durchführen sollte. Diese ist leider im letzten Jahr weitgehend verloren gegangen.

Wir beobachten in letzter Zeit eine Rückkehr in den anderen Fraktionen zu alten Argumentationen wie „aber das ist doch auch sinnvoll“ oder „eine so hohe Förderung bekommen wir nie wieder“. Das ist umso fataler, wenn gleichzeitig alle Schleusen für eine nahezu unbegrenzte Kreditaufnahme geöffnet werden. Ja, wir stehen dazu, dass für Bildung, Klimaschutz und die Beseitigung der Hochwasserschäden Ausnahmen in die Nachhaltigkeitssatzung aufgenommen werden mussten – nicht, weil das eine gute Lösung ist, sondern weil uns das Land keine andere Chance lässt. Das muss aber gleichzeitig bedeuten, dass alle nicht zwingend notwendigen Investitionen unterlassen werden, weil das den Kreditbedarf entsprechend senkt. Das InHK ist hier ein Paradebespiel: dort wurden gegen unsere Stimmen viele Maßnahmen aufgenommen, die keine

hohe Priorität im Vergleich zu wichtigeren Maßnahmen außerhalb des InHK haben, z. B. zur Sanierung und Modernisierung unserer Schulen. Über die gesamte Laufzeit des InHK wird die Stadt Overath nach dem Willen von Jamaika einen Eigenanteil an den Gesamtkosten von 17,5 Mio. EUR in Höhe von 5,3 Mio. EUR tragen müssen. Würden nur die aus unserer Sicht prioritären, weil ohnehin unumgänglichen Maßnahmen umgesetzt, käme man auf einen Eigenanteil von weniger als 2 Mio. EUR und würde demnach deutlich mehr als 3 Mio. EUR einsparen, die man wiederum nicht als Kredit aufnehmen müsste. So ginge sparsames Wirtschaften...

Die Argumentation, die darauf reflexartig folgt: „aber wir brauchen doch Städtebauförderung, und 3 Mio. EUR sind dafür nicht viel“. Das sehen wir anders: Bildung und Klimaschutz brauchen wir derzeit weitaus dringender als Städtebau, und das Geld, das hier ausgegeben wird, ist schlicht und einfach nicht da. Über Investitionen verantwortlich zu entscheiden, nennen wir Priorisierung, und diese ist bei der Ratsmehrheit leider derzeit nicht mehr nicht erkennbar.

Ein weiteres kritisches Thema sind die städtischen Bauprojekte. Seit die SEGO die Projekte der Daseinsvorsorge übernommen hat, werden unsere Bauprojekte weitgehend „in time“ und „in budget“ umgesetzt. Unnötige Verzögerungen oder unerklärliche Kostenexplosionen sind jedenfalls nicht mehr festzustellen, während früher sowohl zeitliche als auch finanzielle Überschreitungen von mehr als 50%, teilweise bis zu 100% keine Seltenheit waren. Das liegt zum einen an der hohen kaufmännischen Kompetenz, mit der Geschäftsführer Christoph Schmidt die Projekte begleitet hat, aber auch daran, dass die städtische GmbH über ganz andere Möglichkeiten verfügt, günstige Angebote einzuholen, nachzuverhandeln und damit die Kosten zu drücken, sowie daran, dass die Steuerung aller Projekte innerhalb des Einflussbereiches der Stadt lag.

Wir sind daher nicht überzeugt, dass es der Stadt und ihren Finanzen dienlich wäre, die anstehenden Sanierungs- und Erweiterungsprojekte an unseren Schulen wieder vollständig in die Kernverwaltung zu ziehen, und für das Großprojekt am Schulzentrum Cyriax einen externen Projektsteuerer zu engagieren, dessen Interessen nicht unbedingt denen der Stadt entsprechen – siehe Umbau des Badino, wo der Projektsteuerer erfolgreich sowohl die Bauzeit als auch die Ist-Kosten verdoppelt hatte, und dadurch auch sein Gehalt verdoppeln konnte.

Im Gegenteil sehen wir sehr große Chancen darin, die SEGO deutlich stärker für solche Projekte zu nutzen: So wäre es über die SEGO problemlos möglich, in Overath eine Lösung analog zur „Schulbau GmbH“ in Bergisch Gladbach umzusetzen, die Projektsteuerer, Architekt, Statiker und weitere Bauplaner selbst anstellt, anstatt die horrenden Honorare der HOAI zahlen zu müssen. Alleine für die Schulsanierung Cyriax werden die Kosten für eine externe Vergabe von Projektsteuerung und Planung auf ca. 7,2 Mio. EUR geschätzt, das ist fast ein Viertel der Gesamtkosten von 30 Mio. EUR. Für dieses Geld könnten man alternativ viele hochbezahlte Expert*innen zu marktüblichen Gehältern selbst anstellen, und dadurch trotzdem bis zu 50% der Kosten einsparen. Das wäre eine Kostenreduktion um ca. 10%, die sich auch in den anderen Schulprojekten vergleichbar realisieren ließe. Durch Synergieeffekte, weil mehrere Projekte von denselben Personen betreut werden könnten, würden sich die Einsparungen noch weiter erhöhen.

Darüber hinaus halten wir es sinnvoll, dass das in Bergisch Gladbach bereits durchgeführte „sale-and-lease-back“-Verfahren“ auch für unsere Schulgebäude geprüft wird, wofür ebenfalls die SEGO als Partner perfekt geeignet wäre. Das würde kurzfristig die Liquidität schaffen, die wir zur deutlich schnelleren Sanierung der Schulen dringend bräuchten, und mittelfristig den Schuldenstand der Stadt niedriger halten, was uns vor allem dann retten könnte, wenn sich die Haushaltslage weiter verschlechtern und wir ohne unzumutbare Steuererhöhungen wieder in den Nothaushalt oder gar die Überschuldung rutschen würden. Dann wären wir nämlich wieder von einem engen Kreditlimit für den Kernhaushalt betroffen und könnten selbst unsere unstrittig zwingend notwendigen Schulprojekte nicht mehr wie geplant umsetzen.

Für die Erweiterung der Rolle der SEGO hätten wir uns natürlich gewünscht, in den kommenden Jahren weiter auf die Kompetenz unseres kaufmännischen Geschäftsführers Christoph Schmidt aufbauen zu können, der uns zu unserem großen Entsetzen im kommenden Jahr in Richtung Rösrath verlasen wird – aus nachvollziehbaren Gründen, die teilweise in mangelnder Unterstützung und Wertschätzung durch die neue Verwaltungsspitze zu finden sind. Das wäre so nicht notwendig gewesen und wird die Stadt vor neue große Herausforderungen stellen.

Die Frage, wie man Herrn Schmidt sowohl als Leiter der Stadtwerke als auch der SEGO und der Stadtwerke Energie GmbH mit der Marke O-Saft sinnvoll ersetzen kann, zwingt uns zu kreativen Lösungen. Wir schlagen daher vor, die Leitung der Stadtwerke und der beiden städtischen GmbH zukünftig separat zu besetzen – mit einem neuen Stadtwerke-Leiter, der über entsprechende Vorerfahrungen verfügen sollte, sowie einem kaufmännischen Geschäftsführer, der die städtischen GmbHs in Vollzeit leiten, die wachsende Rolle der SEGO begleiten und die fest angestellten Projektleiter und Planer adäquat steuern kann.

Dabei ist wichtig, dass auch die Rolle der Stadtwerke Energie GmbH sinnvollerweise einen Wandel erfährt: wurde sie ursprünglich als Vehikel zur Umsetzung eines steuerlichen Querverbands gegründet, entwickelt sie sich längst zu einem bürgerfreundlichen Dienstleister für die Versorgung mit alternativer, klimaneutraler Energie. Im Rahmen des örtlichen Klimaschutzkonzepts wird es hier viel Bedarf und Potential zum Ausbau von Photovoltaik, Geothermie und anderen alternativen Energieformen geben. Wir brauchen daher eine solche GmbH in städtischer Hand und Kontrolle, um unseren Teil an der Energiewende leisten zu können.

Auch dies spricht dafür, SEGO und Stadtwerke Energie in die Hand eines neuen kaufmännischen Geschäftsführers zu geben, dem wir durch die Trennung von der Leitung der Stadtwerke ein sehr gutes, marktübliches Gehalt zahlen können, weil sich diese Konstellation aufgrund der dadurch neu eröffneten Möglichkeiten für die Zukunft finanziell mehr als rechnet.

In Anbetracht der aus unserer Sicht mangelnden Prioritätensetzung bei Investitionen, z. B. erkennbar beim InHK, der im Haushalt geplanten Abwicklung aller Bau- und Sanierungsprojekte in der Kernverwaltung und der sich daraus ergebenden finanziellen Risiken, ist der vorliegende Haushalt für uns nicht zustimmungsfähig. Wir suchen im Haushalt auch vergebens kreative Ansätze zur Abmilderung unserer desolaten finanziellen Lage, die wir in vergangenen Jahren oft gemeinsam gesucht und gefunden haben, sondern erkennen eine Kapitulation vor der Aufgabe, den nachfolgenden Generationen keinen Scherben- und Schuldenhaufen zu hinterlassen. Wir haben dazu einige sinnvolle Vorschläge gemacht, die man aufgreifen könnte – wenn man denn wollte.

Die SPD-Fraktion Overath wird den Haushalt jedenfalls in der vorliegenden Fassung ablehnen.



Hans Schlömer
stellv. Fraktionsvorsitzender